

**P r o t o k o l l**  
über den Fachtag  
am 12.06.2010 – Fritzenwiese 9, Celle ( Diakonie )  
des Bündnis Arbeitssuchender Niedersachsen (BAN)

Beginn: 11:00 Uhr  
Ende: 16:00 Uhr

- TP 1 - Begrüßung
  - Vorstellung der zurückliegenden Arbeit des Sprecherrats
  - Vorstellung der anwesenden Personen
- TP 2 - Sanktionspapier
- TP 3 - Härtefallklausel
- TP 4 - Kosten der Unterkunft
  - Mittagspause
- TP 5 - Leitthema: „Ein-Euro-Jobs“
- TP 6 - Vorstellung des Entwurfs eines Arbeitspapiers zu 1-Euro-Jobs
- TP 7 - Absprache über weitere Vorhaben,
  - Verschiedenes

**TP 1 Begrüßung**

Der Fachtag begann einladungsgemäß um 11:00 Uhr in den Räumen der Diakonie Celle, Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese 9, in Celle.

Vom Sprecherrat waren anwesend: Horst-Peter Ludwigs, Peter Schreier, Stefan Schedler, Reinhard Muschter.

Anwesende Teilnehmer: 20 Personen. In einer kurzen Vorstellungsrunde machten sich die Anwesenden gegenseitig bekannt.

Es konnten wieder verschiedene Initiativen und Organisationen sowie Einzelpersonen zum Fachtag begrüßt werden. Dies zeigt, dass an der Arbeit des BAN weiter Interesse besteht.

Es zeigte aber auch, dass BAN noch an der weiteren Kommunikation arbeiten muss, um noch mehr Multiplikatoren in Niedersachsen zu erreichen.

**Vorstellung der zurückliegenden Arbeit des Sprecherrats**

Im Rahmen einer allgemeinen Information wurde vom Sprecherrat die zurückliegende Arbeit vorgestellt. Es wurden die Zielsetzungen, die seinerzeit in der Gründungsphase erarbeitet wurden, dargestellt.

Grundsätzlich war festzustellen, dass die Anwesenden mit der bislang geleisteten Arbeit zufrieden waren und an BAN weiter Interesse besteht und die Arbeit weiter gehen muss.

Peter regte eine intensivere Mitarbeit der Mitglieder an.

Es erging auch der Hinweis auf die Homepage des B.A.N.:  
[www.ban-online.de](http://www.ban-online.de)

Besonders hervorgehoben wurde erneut, dass auf das Arbeitspapier zu „Eingliederungs-Vereinbarungen“ (EV) keine Rückläufer von den Initiativen erfolgten. Das Arbeitspapier kann nur mit Leben erfüllt werden, wenn die Mehrheit der im BAN beteiligten Initiativen mitarbeitet und alle Personen ihre Eindrücke, Informationen und Hinweise, aber auch Kritik, einbringen.

Insbesondere ist es wichtig, EVs von Betroffenen zu erhalten, um ausarbeiten zu können, ob die Träger ( ARGEn, etc. ) in den EVs überwiegend Textbausteine verwenden, obwohl ihnen vom Gesetz eine individuelle Beratung und Information des einzelnen Betroffenen vorgegeben ist.

Horst-Peter verteilte eine Einladung der Initiative Sozial e.V. zum Seminar in Bad Hersfeld vom 25.06. bis 27.06.2010.

## **TP 2 Sanktionspapier ( zu § 31 SGB II )**

Horst-Peter gibt eine genaue Information, über Reaktionen und Rückmeldungen hinsichtlich der verschickten Sanktionspapiere (am 20. Oktober 2009) an den Bundes- und Landtag, sowie der einzelnen Parteien.

Diese Rückmeldungen werden weiter verfolgt. Auch sind diese zum Teil auf unserer neu bearbeiteten Webseite des BAN im Internet veröffentlicht. Ob auch die eingegangenen Stellungnahmen ins Netz gestellt werden, ist noch nicht entschieden.

## **TP 3 Härtefallklausel**

Peter informiert über den letzten Stand der Veröffentlichungen zu der Härtefallklausel. Es ist wohl allgemein bei den Trägern der Grundsicherung so zu verfahren, dass die in den Anweisungen der BA aufgeführten ( nur wenigen ) Beispiele angewandt, alles andere aber abgelehnt wird.

Grundsätzlich ist seit dem BVerfG-Urteil vom 09.02.2010 die Beantragung zusätzlicher Leistungen möglich, wenn die Aufwendungen die im Regelsatz enthaltenen Beträge übersteigen und laufende, also nicht nur einmalige Aufwendungen sind. Auch hier wird immer wieder angeregt, Anträge zu stellen und bei Ablehnung Widerspruch einzulegen, gegebenenfalls auch Klage einzureichen.

Einzelheiten dazu können u.a. aus den ausgegebenen Informationen und den einschlägig benannten Internetadressen entnommen werden.

## **TP 4 Kosten der Unterkunft**

Horst-Peter erläuterte an verschiedenen SG- und LSG-Urteilen die Bedeutung vom bundesweiten Mietspiegel und den örtlich verwendeten Mietspiegeln bzw. Wohngeldberechnungen. Hier ist es wichtig, dass die Heizungsart genau definiert wird und ob es für Wohnraum ( evtl. auch mehrere gemeinsam beheizte Wohnungen ) über 100 m<sup>2</sup> oder darunter gilt. Oftmals sind die Berechnungen der Träger nicht korrekt.

Wenn vom Träger eine Kostenreduzierung bei KdU angeordnet wird, muss der Betroffene sofort handeln! Am besten ist es, jede Aktivität bei der Wohnungssuche schriftlich aufzulisten, um später gegenüber dem Träger diese belegen zu können. Es wird eine substantivierte Suche verlangt!

**Pause von 13.00 Uhr bis 13.30 Uhr.**

## **TP 5 u. 6      Leitthema: „Ein-Euro-Jobs“**

Reinhard stellte die gesetzlichen Bedingungen für „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“ ( § 16d SGB II, sogenannte 1-Euro-Jobs ) sowie die von der BA veröffentlichten Informationen vor. Dass diese rein theoretischer Natur sind und mit der heute praktizierten Realität kaum noch etwas zu tun haben, wurde auch in der intensiven Diskussion aller Teilnehmer deutlich.

Peter hat ein Papier zur Veröffentlichung per Presse erarbeitet, dass im Plenum verlesen wurde. Dieses Papier wird mit entsprechender Information an die Presse verteilt.

Das Arbeitspapier des BAN ist vorerst nur ein Entwurf, der nur unter Mitwirkung der Initiativen und einzelner Personen vervollständigt werden kann.

Im Rahmen der Diskussion über 1-Euro-Jobs wurde auch die AGH mit Entgeldvariante angesprochen. Ob eine Möglichkeit zur freiwilligen Versicherung in der ALo-Vers. dabei möglich ist, muss individuell ermittelt werden.

Grundsätzlich können sich Arbeitnehmer freiwillig versichern, wenn sie Pflege bei Verwandten ausüben, selbständig sind oder im Ausland arbeiten ( letzte Änderung im Dez. 2008, für Selbständige und Auslandsarbeiter zeitlich begrenzt bis Ende 2010 ).

Vom Plenum wurde ein Fragebogen zu 1-Euro-Jobs ausgefüllt, der auch als Grundlage für Arbeitspapier und weitere Aktivitäten des Sprecherrats sein wird.

Stefan stellte anhand von Fallbeispielen prekäre Situationen bei 1-Euro-Jobs dar. Es wird der Grundsatz der ‚Gemeinnützigkeit‘ oder der ‚zusätzlichen Arbeit‘ immer wieder verletzt. Sehr viele Jobs ( derzeit ca. 300.000 Stellen ) werden nicht gemäß den Vereinbarungen zur Wiedereingliederung des Betroffenen genutzt, sondern dienen wohl eher zur ‚Abzocke‘ für die Träger dieser Maßnahmen. Dies ist auch vom Bundesrechnungshof so ermittelt worden.

Diese Tatsache vermittelte auch das Video ( ARD exklusiv: Die Armutsindustrie ( WDR ) ). Wobei angemerkt werden muss, dass die im Film gezeigten Beispiele bestimmt nicht die schlimmsten Situationen darstellen.

Reinhard verlas noch die Stellungnahme des MdB Herrn Hubertus Heil ( SPD ). Auch hierin kommt zum Ausdruck, dass die 1-Euro-Jobs nicht mehr zeitgemäß bzw. der Situation angepasst sind und es andere Möglichkeiten gibt, die effektiver sind.

Anschließend wurde noch eine Berechnung für verschiedene Situationen, wie ein 1-Euro-Jobber mit dem finanziellen Einkommen unter 1-Euro-Job oder mit einer vollwertigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auskommen könnte, vorgestellt.

Bei einem Alleinstehenden erhöhen sich die Einkünfte, die Aufwendungen der ARGE fällt weg. Auch bei dem Beispiel einer Familie mit 2 Kindern reduzieren sich die Aufwendungen der ARGE auf einen minimalen Teil, wenn eine der erwachsenen Personen eine vollwertige versicherungspflichtige Beschäftigung aufnimmt.

Insgesamt überwiegen die Vorteile für den/die Betroffene/nen, wie sie in dem Arbeitspapier dargestellt sind. Wer aber die Gelder für „gemeinnützige und zusätzliche Arbeit“ aufzubringen hätte, dass wurde hier noch nicht diskutiert. Denkbar wären staatliche Hilfe, Kombi-Lohn oder ähnliches.

Dringend wurde der Appell an die Anwesenden gerichtet, gebt dem Sprecherrat Eure Infos und Anmerkungen, arbeitet bei den vorliegenden Entwürfen zu Eingliederungs-Vereinbarung

und 1-Euro-Job mit, damit das Papier eine fundierte und auch tragfähige Mehrheit darstellt. Nur so kann ein solches Papier etwas bewirken!

Dieser Aufruf gilt natürlich auch für alle Anderen, die sich als Mitglied im BAN verstehen.

### **TP 7 - Absprache über weitere Vorhaben, Verschiedenes**

Zum Abschluss übernahm Peter die Diskussion über Themen und weiteres.

Es gab noch eine kurze Diskussion über Aktionen, wie z. B. Zahltag der örtlichen ARGEn. Dazu sind aber in erster Linie die örtlichen Initiativen zuständig, eine regional übergreifende Unterstützung ist dabei aber grundsätzlich erfolgversprechender als wenn nur wenige Menschen eine solche Aktion durchführen.

Es gibt div. vorformulierte Schriftsätze; so z. B. auch gegen die Erteilung eines 1-Euro-Jobs. Hierbei sollte JEDER sich selbst fragen, ob er/sie einen derartigen Job annimmt oder aus bestimmten Gründen ablehnt. Erfahrungsgemäß sind sehr viele Hartz IV-Empfänger auf das wenige Geld vom 1-Euro-Job dringend angewiesen ( „jeder Cent zählt!“ ).

gez.  
für den Sprecherrat  
Reinhard Muschter

Anlagen: Entwurf zum Arbeitspapier „1-Euro-Jobs“